

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 2. 31. Jahrg.

11. Januar 1918.

**ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR U. VERW. BERUFE.**

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freilag. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Westpostvereins 1,25 Mk.

## Redaktion:

Adolf Dornick, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88<sup>m</sup>. Redaktionsschluss: Montag. Telefon: Amt Norden 4268. :: Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. :: Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheideff. Augustastr. 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Feitzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

## Inhalt:

**Hauptteil:** Um das Wahlrecht in Preußen. Rundschau. Die Konsumvereine während des Krieges. — **Allgemeines:** Der Stand der Löhne im Berliner Lithographie und Steindruckgewerbe am 15. Dezember 1917. — **Der Lithograph:** Die technischen Umwälzungen und unsere Aufgaben. II. **Die photomech. Fächer:** Kriegswirkungen in der Chemigraphie. — **Feuilleton:** Vom Büchertisch. **Anzeigen.**

## Um das Wahlrecht in Preußen.

Was kümmert uns das Wahlrecht? so wird mancher Kollege denken. Ihm genügt es, wenn er gewerkschaftlich seine Pflicht erfüllt. Das politische Interesse ist im allgemeinen in unserer Kollegenschaft weniger stark ausgeprägt als in anderen Arbeiterschichten. Richtig ist, daß die gewerkschaftliche Pflichterfüllung dadurch ernstlich nicht beeinträchtigt wurde. Unsere großen Kämpfe sind mit derselben Zähigkeit, Opferwilligkeit, mit derselben Überzeugungstreue durchgeführt worden. Es fällt uns auch keineswegs ein, politisches Wissen oder gar nur politisches Interesse mit Allgemein-Wissen gleichzusetzen.

Eine andere Frage ist, ob solche Abneigung gegen Politik klug genannt werden kann? Wir mögen noch so gleichgültig uns dem politischen Leben gegenüber verhalten, das können wir niemals verhindern, daß sich die Politik mit uns beschäftigt. Und zwar in einer so aufdringlichen Weise, daß auch dem politisch lammfrommsten dabei die Geduld reißt. Ganz besonders, wenn es sich um spezifisch preußische Politik handelt. Es interessiert nämlich in Wahrheit auch unsere Kollegen in den andern Bundesstaaten, was hier und da in Preußen oder im Reiche durch Preußen geschieht; vor allem aber die gewerkschaftlich organisierten.

Das möchten wir einmal zu beweisen versuchen.

Unter unseren verbandstreuen Kollegen gibt es wohl darüber nur eine Meinung, daß es geradezu unser Lebensinteresse erheischt, Mitglied der Gewerkschaft zu sein. Die Arbeiter wären verloren, wollten sie, auf die persönliche Ehrenhaftigkeit ihres Unternehmers bauend, sich ihrer Berufsorganisation fern halten. Es handelt sich um unser Einkommen und um die Gestaltung unserer ganzen Lebensverhältnisse. Das Sprichwort sagt nicht mit Unrecht: »In Geldsachen hört die Freundschaft auf!« Zur Vertretung seiner geschäftlichen Interessen schließt sich jeder Unternehmer seiner Unternehmervereinigung an. Das muß auch der Arbeiter tun.

Das wirtschaftliche Leben ist aber so vielgestaltig, auf unsere Lebenshaltung wirken so mannigfaltige Faktoren ein, daß mit unserer Beteiligung an der Berufsorganisation unsere geschäftlichen Interessen keineswegs ausreichend gewahrt sind. Kämpfen wir zum Beispiel um eine Lohnerhöhung mit Erfolg, so kann der höhere Wert der erreichten Lohnsumme, durch eine neue Steuer wieder rückgängig gemacht werden. Tausende Dinge können den aufmerksamen Beobachter täglich belehren,

daß wir nicht restlos durch die Gewerkschaft in unserer Lebenshaltung geschützt sein können. Allenthalben spielen politische Faktoren mit hinein. Ein Narr läßt mit sich spielen. Einst war die Arbeiterschaft auch ein wehrloser Spielball in den Händen der Unternehmer. Dort haben wir gelernt unser Wort und unseren Willen zur Geltung zu bringen. Das muß uns auch mit den politischen Einflüssen gelingen, die unser Leben anders gestalten wollen als es uns behagt.

Heute wollen wir in unserer Eigenschaft als Gewerkschaftler uns eine von den politischen Ursachen betrachten, die uns die gewerkschaftliche Arbeit erschwert.

Aus der Gewerkschaftsbewegung wissen wir: wo die Arbeiterschaft schwach organisiert ist, da nimmt das Unternehmertum auch keine Rücksicht auf die Wünsche der Arbeiter. Das wird im politischen Leben nicht wesentlich anders sein.

Im Reichstag hat die Arbeiterschaft über hundert Vertreter, im preußischen Landtag sind es aber nur rund 10 Vertreter, trotzdem hier die Abgeordnetenzahl größer ist als dort. Es ist das gründlich andere Wahlrecht, daß in diesen Zahlen seine Wirkung widerspiegelt.

Das führende Organ der Konservativen, »Die Kreuzzeitung«, fällt am 18. April 1906 (man beachte die Jahreszahl!) folgendes Urteil über das preußische Wahlrecht:

Dieses Wahlsystem ist nichts anderes als die Repräsentation des Geldkapitals mit dem lügenerischen Schein, daß es eine Vertretung des ganzen Volkes wäre. Es ist die Herstellung einer modernen Geldaristokratie, welches alles höhere und edlere nach oben wie nach unten je länger desto mehr in den Staub des gemeinsten Materialismus herunterzieht.

Dieses gerechte Urteil muß die Arbeiterschaft heute aufgreifen, gegen die — Konservativen. Im Laufe der Zeit ist in der Tat durch dieses Wahlrecht den Vertretern des Kapitals eine Macht in die Hand gegeben, an die sie ehemals nicht geglaubt, die sie aber heute mit Zähnen und Nägeln verteidigen.

Durch eine Botschaft des Königs ist jetzt dem Volke eine Änderung dieses Wahlrechtes versprochen worden. An Stelle des bisherigen Dreiklassenwahlrechtes soll das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für Preußen geschaffen werden. Die Vorlage ist dem preußischen Landtage bereits zugegangen, ist auch dort in der ersten Lesung beraten worden; wer aber unsere Geldsacksvertreter, gleichgültig ob von der Landwirtschaft oder Industrie, kennt, der weiß mit welchen zähen Widerständen dabei zu rechnen ist. Sie können nur überwunden werden, wenn die ganze Arbeiterschaft mit dem äußersten Nachdruck den Wahlrechtsfeinden entgegentritt. Es geht um unsere Haut.

Denn hier, unter dem Schutze dieses unmöglichsten aller Wahlsysteme, hat sich seit Jahrzehnten der ganze reaktionäre Widerstand gegen alle Arbeiterforderungen zusammengelagert. Was sich im Reichstage nicht an das

Licht wagte, hier hob es dreist sein Haupt. Dafür ein Beispiel, das unsere Kollegen umsomehr interessieren dürfte, als dabei eine Persönlichkeit eine Rolle spielte die auch sonst in unserem Gewerbe sich durchaus nicht förderlich erwiesen hat. Es war der verstorbene preußische Landtagsabgeordnete Dr. Gerschel, der 1916, bei der Beratung der Novelle zum Einkommensteuergesetz einen Antrag einbrachte, der die Arbeitgeber verpflichtet, der Steuerbehörde das Einkommen ihrer Arbeiter anzugeben, sofern diese nicht über 3000 Mk. verdienen. Nach dieser tatsächlich angenommenen gesetzlichen Bestimmung ist der Arbeiter der einzige Staatsbürger, der in Staat und Gemeinde voll und ohne Privilegien bis auf den letzten Pfennig Steuern zahlen muß. Derselbe Abgeordnete Dr. Gerschel wehrte sich aber verzweifelt gegen einen anderen Antrag, der Banken und Geldinstituten die Pflicht auferlegen wollte, ebenfalls der Steuerbehörde Angaben über die Guthaben der Vermögenden zu machen. Selbstverständlich wurde dieser Antrag in den preußischen Parlament, in den damals Arbeitervertreter noch nicht vorhanden waren, glatt abgelehnt.

Was hat alles dieser preußische Landtag in Arbeiterfragen zu entscheiden? Preußen ist mit seinen Staatsunternehmungen der größte Arbeitgeber des Reiches. Da ist der Riesenbetrieb der Eisenbahnen, da die Bergwerke, dann das gewaltige Heer der Beamten und Arbeiter in allen Verwaltungszweigen, genug, es kann uns als gewerkschaftlich organisierte nicht gleichgültig bleiben, von welchen Grundsätzen diese Verwaltungen sich leiten lassen. Der Grundsatz, der für die Entlohnung in den preußischen Staatsbetrieben zur Geltung kam, ist im Jahre 1893 vom damaligen Eisenbahnminister im Landtage ausgesprochen worden:

»Die Privatindustrie hat das Recht, zu fordern, daß die Staatsbetriebe nicht höhere Löhne zahlen und dadurch die Privatindustrie schädigen.«

Ein Erlaß vom Jahre 1901 bestätigt diese Grundsätze in folgender erbauenden Form:

»Die Eisenbahnverwaltung kann nicht umhin, wie sie dem Steigen der Arbeitslöhne gefolgt ist, auch beim Sinken der Löhne sich der allgemeinen Geschäftslage anzuschließen. Es sind die in dieser Beziehung erforderlichen Maßnahmen alsbald zu treffen. Namentlich aber ist den neueintretenden Arbeitern entsprechend dem Andrang von Arbeitskräften nur ein angemessen ermäßigter Lohn anzubieten.«

Wenn von solchen Grundsätzen die eigenen Unternehmungen Preußens geleitet werden, dann dürfen wir nicht für die Erledigung der sozialpolitischen Fragen etwas anderes erwarten. Dementsprechend ist von Arbeitervertretern die preußische Gewerbeaufsicht aufs schärfste kritisiert worden. Wir haben selbst erst im abgelaufenen Jahre auf Grund des letzten Berichtes der Papierverarbeitungsberufsgenossenschaft feststellen müssen, daß unter den Wirkungen des Krieges die Beauf-

sichtigung der dieser Berufsgenossenschaft unterstehenden Betriebe eine mehr als ungenügende geworden ist. Von den vorher vorhandenen vier Beamten konnte nur noch ein Einziger die Aufsicht ausüben. Denken wir an die ungeheure Bedeutung der Wohnungsfrage für die Arbeiterschaft an sich und nach diesem Kriege im besonderen. Halten wir uns das Wirken der preussischen Polizei vor Augen, deren Einfluß weit über die Grenzen Preußens hinaus reicht, vergessen wir nicht, daß gerade die organisierte Arbeiterschaft wahrhaftig kein Lob über diese Einrichtung auf den Lippen hat. Und nun reihen sich dem würdig die Tatsachen an die Seite, wie oft jede Verschlechterung bestehender Zustände im Reiche ihren Ursprung in Preußen hatte, wie im preussischen Abgeordnetenhaus und Herrenhaus die kühnsten Attacken gegen Arbeiterrecht und Arbeiterorganisationen geritten wurden. So begann der Kampf gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen im preussischen Abgeordnetenhaus; und was dort als Wunsch ausgesprochen wurde, das wurde später in Form der Reichsversicherungsordnung im Reichstage Gesetz. Nirgends ist erbitterter der Kampf gegen die Einführung der Arbeitslosenversicherung geführt worden als im preussischen Abgeordnetenhaus. Dabei fällt uns auch das schöne Wort des Abgeordneten Dr. von Burgsdorf ein:

»Ich muß gestehen, daß ich eine Arbeitslosenversicherung direkt für unmoralisch halte, weil wir immer mit der angeborenen menschlichen Faulheit zu rechnen haben.«

Diese kleine Blütenlese, die mit Leichtigkeit ins Uferlose vermehrt werden könnte, gibt uns einen erschreckenden Einblick in die verhängnisvolle Rückwirkung preussischer Politik auf unsere gewerkschaftliche Arbeit. Es ist die Eigenheit der preussischen »Volksvertretung«, die uns da entgegentritt. Hier, wo durch das »elendeste aller Wahlgesetze«, um mit Bismarck zu reden, die Arbeiterklasse zur absoluten Ohnmacht verdammt ist, hier geben sich die ärgsten Scharfmacher aus Industrie und Landwirtschaft ein Stelldichein. Und die Macht, die ihnen hier gegeben ist, benutzen sie rücksichtslos zur Vertretung ihrer Interessen, die sie allerdings für die wirklichen Volksinteressen halten.

Solche Tatsachen sollten uns veranlassen, uns recht eingehend mit den Vorgängen im preussischen Landtag zu beschäftigen, und wir sollten besorgt sein, um das Schicksal der Wahlrechtsvorlage. Unsere Interessen sind dabei in größter Gefahr. Sie zu wahren haben alle Ursache, die an der Verbesserung des Loses der Arbeiterschaft arbeiten. Und daß sind nicht zuletzt die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter.

## Rundschau.

**Lohn- und Teuerungszulagen:** In Bautzen hat die Firma *Gebr. Weigang* am 28. Dezember 1917 weitere Teuerungszulagen, verbunden mit einer wöchentlichen Lohnzulage von je 1 Mk., bewilligt. Teuerungszulage erhielten pro Monat 2 Steindrucker je 7,50 Mk., 19 Steindrucker je 10 Mk., 6 Steindrucker je 12,50 Mk., 30 Steindrucker je 15 Mk. Die Lithographen erhielten an Teuerungszulagen pro Monat 4 á 7,50 Mk., 5 á 10 Mk., 4 á 12,50 Mk. und 2 á 15 Mk. Wegen Ersparung von Kohlen und Beleuchtung wurde die Arbeitszeit ab 2. Januar von 7/8 bis 12 Uhr und von 1 bis 4 Uhr nachmittags festgesetzt unter dem gleichen Lohn. — In Breslau hat die Firma *Schliesische Lichtdruckanstalt* eine 10 prozentige Lohnzulage bewilligt. — In Glatz hat die Firma *Schürmeister* einem Steindrucker 7,50 Mk. Zulage bewilligt, gemeinsam mit der Zulage der Buchdrucker; Lohn jetzt 48,50 Mk. — In Schweidnitz bewilligte die Firma *Reisse* einem Steindrucker 7,50 Mk. Zulage, gemeinsam mit der Zulage der Buchdrucker; Lohn jetzt 45 Mk.

**Teuerungszulagen gehören zum Entgelt im Sinne der Reichsversicherungsordnung.** Sie sind deshalb in allen Zweigen der sozialen Versicherung dem regelmäßigen Arbeitsverdienst zuzurechnen und mit zur Bemessung der Beiträge und Leistungen heranzuziehen. In diesem Sinne hat soeben das Reichsversicherungsamt (grundsätzliche Entscheidung Nr. 2385) sich ausgesprochen. Zum Entgelt im Sinne der Reichsversicherungsordnung gehören nach der allgemeinen Begriffsbe-

stimmung (§ 160) neben Gehalt oder Lohn auch Gewinnanteile, Sach- und andere Bezüge, die der Versicherte, wenn auch nur gewohnheitsmäßig, statt des Gehalts oder Lohns oder neben ihm von dem Arbeitgeber oder einem dritten erhält. Es fallen unter den Entgelt also grundsätzlich alle vermögenswerten Vorteile, die dem Beschäftigten als Vergütung für seine Arbeit tatsächlich gewährt werden. Dies trifft auch hinsichtlich der Kriegsbeihilfen oder Teuerungszulagen zu, denn diese Zuwendungen fließen den Beschäftigten nicht außerhalb ihres Beschäftigungsverhältnisses zu, sondern sie erfolgen aus Anlaß der Tätigkeit im Betriebe des Arbeitgebers und als Gegenleistung für diese Tätigkeit. Auf Form und Maßstab der Leistung kommt es nicht an, ebenso ist ohne Belang, daß die Teuerungszulagen nur auf unbestimmte Zeitdauer bewilligt und widerrufen werden können. Auch ist es unerheblich, ob ein klagbarer Anspruch darauf besteht. Hiernach ist der Durchschnittsbeitrag der Teuerungszulagen bei der Anmeldung der Versicherten zur Krankenkasse mit anzugeben, ebenfalls ihre Erhöhung anzumelden, wenn dadurch eine Versetzung in eine höhere Lohnstufe bedingt wird. Auch bei den Lohnnachweisungen für die Unfall-Berufsgenossenschaften haben die Unternehmer die Zulagen mit einzurechnen. Das kann für die Versicherten nur ein Vorteil sein. I. K.

**Berufsjubiläum.** *Crefeld.* Unser längjähriges Mitglied, der Steindrucker Heinrich Theifen, konnte im Dezember 1917 auf eine 50 jährige berufliche Tätigkeit zurückblicken. Noch heute ist unserer wackeren Kollege in voller Rüstigkeit. Wir wünschen dem Jubilar auch ferner beste Gesundheit; möge ihm noch ein langes Leben beschieden sein.

**Frauen in Buchdruckereien.** Wie der »Korrespondent« berichtet, ist der Gehilfenersatz im Buchdruckgewerbe im Jahre 1917 fast nur durch weibliche Personen gedeckt worden, die zu meist an den Setzmaschinen und im Handsatz beschäftigt werden. Ende Oktober waren 3172 Frauen in den Buchdruckereien an Gehilfenplätzen tätig, welche Zahl bis zum Jahresluß wohl noch etwas gestiegen sein dürfte. Das würden etwa 10 Proz. weiblicher Lehrlinge und Gehilfen im Berufe bedeuten. In Berlin hat sich bereits ein Verein der Buchdruckerinnen gebildet, an dessen Gründung Prinzipale nicht ganz unbeteiligt gewesen sein sollen.

**Das Wachstum der Gewerkschaften.** In einem Rückblick auf das Jahr 1917 teilt das »Korrespondenzblatt« der Generalkommission mit, daß vom dritten Quartal 1916 bis zum dritten Quartal 1917 die Mitgliederzahl der Gewerkschaften von 947564 auf 1201770 gestiegen ist. Das entspricht einer Zunahme von 254206 oder 26,8 Proz. Die Zahl der weiblichen Mitglieder stieg dabei von 185000 auf 365000, eine Zunahme um fast 23. Aber während die Gewerkschaften 118895 weibliche Mitglieder neu gewannen, nahmen sie trotz der fortwährenden Entblößung der Kriegswirtschaft von männlichen Arbeitskräften doch noch um 105311 männliche Mitglieder zu. Die Kräftigung der Gewerkschaften eröffnet den Arbeitern und Angestellten gute Aussichten, auch nach dem Krieg ihre Interessen ausreichend wahren zu können.

**Wirkungen der Friedensverhandlungen.** Die wirtschaftlichen Wirkungen der Verhandlungen von Brest-Litowsk zeigen sich zuerst und eindringlich an der Entwicklung des Preises der Reichsmark. Erhebliche Steigerungen der deutschen Zahlungsmittel sind in den letzten Tagen zu verzeichnen, nachdem schon seit November eine Senkung des Preises für fremde Zahlungsmittel, also dementsprechend eine Besserung der Reichsmark erfolgt war. Welchen Umfang diese Bewegung annahm, läßt folgende Zusammenstellung erkennen:

	Holland 100 Gulden	Dänemark 100 Kronen	Schweiz 100 Francs
14. Juli 1914	169	112,15	81,30
29. Januar 1916	236,25	148,75	101,62
Ende Dezember 1916	239	163,25	117
„ März 1917	248	170,25	123,50
„ Oktober 1917	315	230,25	157
„ November 1917	290	220,25	153,62
22. Dezember 1917	226	170,25	125,62
31. Dezember 1917	220,50	161,75	117,62

Vor allem hat die völlige Verschiebung unserer Handelsverhältnisse, wie sie die Unterbindung des größten Teiles unserer Ausfuhr und das Vorherrschen eines beträchtlichen Einfuhrüberschusses mit sich brachte, die Verschlechterung des Reichsmarkpreises bewirkt; neben anderen Einflüssen, die den Rückgang des Marktpreises verschärften, machte sich stark eine Spekulation in deutschen Marknoten geltend, die teils reine Gewinnzwecke verfolgte, zu einem anderen Teil aber politische Absichten verfolgte. England hat planmäßig auf den Kurs der deutschen Mark gedrückt, um den Eindruck der finanziellen Schwäche Deutschlands zu erwecken. Sobald der Waffenstillstand mit Rußland wahrscheinlich wurde, kehrte an den neutralen Märkten nicht nur das Vertrauen zur Finanzkraft Deutschlands kräftiger hervor, sondern auch die Spekulation, die sich vorher der nicht schweren Ausnutzung der rückgängigen Tendenz für deutsche Zahlungsmittel ausgiebig gewidmet hatte, sah sich wohl oder übel genötigt, angesichts der militärischen und politischen Verhältnisse der gegenteiligen Marktlage Rechnung zu tragen. Bei der schnellen Besserung äußerten sich dann wohl auch spekulative Momente, nur in sinner anderen, uns diesmal gemehrerer Richtung.

## Die Konsumvereine während des Krieges.

Von den 2376 festgestellten deutschen Konsumvereinen gehören zwar nur 1110 dem *Zentralverband deutscher Konsumvereine* an, doch stellen diese an Mitgliederzahl, Umsatz und innerer Kraft den lebensfähigsten Teil der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung dar. Der Umfang und die Entwicklung der Vereine des Zentralverbandes während der Kriegsjahre wird durch die folgenden Zahlen dargestellt:

	1913:	1916:
Mitglieder	1 621 000	2 052 000
Eigenumsatz	472 000 000 Mk	577 000 000 Mk.
Eigenproduktion	99 800 000	145 600 000
Barmittel usw.	55 500 000	93 600 000
Inventar	15 700 000	11 000 000
Grundbesitz	90 600 000	105 300 000
Geschäftsguthaben	31 000 000	39 100 000
Reserven	22 500 000	32 700 000
Spareinlagen	67 900 000	94 300 000
Ersparnisse	38 800 000	40 400 000

Ein Vergleich ergibt, daß der Zentralverband deutscher Konsumvereine nicht nur dreiviertel bis vierfünftel aller in den deutschen Konsumvereinen angeschlossenen Mitglieder und des von ihnen gefügigen Umsatzes umfaßt, sondern daß auch der weitaus größte Teil der in den Kriegsjahren gemachten Fortschritte auf ihn entfallen. Besonders die Verbesserungen in der Kapitalkraft entfallen fast ausschließlich auf die Vereine des Zentralverbandes. Das ist für die von den Mitgliedern bewiesene genossenschaftliche Treue, wie für die von den Verwaltungen gezeigte Energie und Geschicklichkeit gleich lobenswert und der beste Beweis für die Entwicklungsfähigkeit der Konsumvereine des Zentralverbandes.

Wie sehr sich einzelne Konsumvereine während des Krieges entwickelten und festigten, mögen einige Beispiele zeigen. Die *Berliner Konsumgenossenschaft* hat in der Zeit von 1914 bis 1917 die Mitgliederzahl von 86 514 auf 108 122, den Umsatz von 17,3 Millionen auf 26,6 Millionen, die Spareinlagen der Mitglieder von 5,3 Millionen auf 11,8 Millionen, die Geschäftsguthaben der Mitglieder von 1,06 auf 1,95 Millionen und die Reserven von 187 000 auf 607 000 Mk. erhöht. Der Konsum-Bau- und Sparverein »Produktion« in Hamburg erhöhte die Mitgliederzahl von 68 417 auf 99 021, den Umsatz von 23,5 auf 46,4 Millionen, die Spareinlagen der Mitglieder von 9,2 auf 9,5 Millionen, die Geschäftsguthaben der Mitglieder von 1,2 auf 1,6 Millionen, den Noffonds der Mitglieder von 1,1 auf 1,6 Millionen und die Reserven von 365 000 auf 582 000 Mk. Diesen Beispielen könnten zahlreiche andere nicht weniger günstige folgen. Daß diese Vereine gleichzeitig auch durch hohe Abschreibungen von den Grundstücks- und Inventarkonten eine solide Sicherung ihrer Einrichtungen anstrebten, sei dabei nicht vergessen.

Indem die Konsumvereine nachdrücklich die Interessen der Verbraucher vertreteten, erfolgreich dem Wucher entgegenwirkten, waren sie gleichzeitig in der Lage, sich innerlich zu kräftigen und bessere Grundlagen für die nach dem Kriege erwartete Entwicklungsperiode zu schaffen. In den Verwaltungen wurden während der Kriegsjahre, die dem Trieb nach weiterem Ausbau nur in Ausnahmefällen und auch dort nur beschränkt förderlich waren, zahlreiche Projekte für die Zeit nach dem Kriege aufgespeichert. Dieser Absicht dienen auch die recht zahlreichen Beschlüsse auf Erhöhung der Geschäftsanteile. Sehr viele Vereine haben in der letzten Zeit die Geschäftsanteile, die zumeist 30 Mk. betragen, auf 40, 50 und auch auf 60 Mk. erhöht. Vorarbeiten für den Ausbau der Eigenproduktion, für den Erwerb von Grundstücken und die Erweiterung der Verteilungsbetriebe werden in den meisten Vereinen getroffen. Überall wartet man nur auf das Kriegsende, um mit verstärkten Kräften und mit allen in der Kriegszeit gemachten Erfahrungen ausgerüstet, großzügige neue Aufgaben in Angriff zu nehmen. Und wahrhaftig großzügig sind die Pläne, die sowohl von der Großeinkaufsgesellschaft wie auch von einzelnen Vereinen für die zukünftige Entwicklung vorbereitet sind. Die Großeinkaufsgesellschaft rechnet mit der Neuanlage von mehreren Fabriken und Erweiterung der vorhandenen Anlagen und hat dafür nicht weniger als 35 Millionen Mk. Ausgaben vorgesehen. Auch von einzelnen Konsumvereinen sind Millionenprojekte ausgearbeitet und die Mittel dazu bereitgestellt.

Nicht als ob die Konsumvereine während des Krieges besondere Ursache gehabt hätten, mit ihrer Behandlung und ihrer Bewegungsfreiheit zufrieden zu sein! Sehr begründete Klagen werden über dikanöse Behandlung durch überweltende Behörden geführt und vieles wird erst nach dem Kriege ausgesprochen werden, was an Hindernissen und Erdwernissen den Konsumvereinen in den Weg gelegt wurde und wird. Allein die unverständliche und skandalöse Ausschaltung des Handelsbetriebes der Großeinkaufsgesellschaft, die so recht geeignet wäre, mit ihren Einrichtungen in den Kreis der öffentlichen Versorgungswirtschaft einbezogen zu werden, könnte ein besonderes Kapitel füllen, wenn man von mangelnder Einsicht gegenüber den Konsumvereinen spricht und berichtet. Um so erfreulicher und um so höher zu bewerten sind die trotzdem erzielten Erfolge und die Aner-



kennung, die sich die Konsumvereine im Ganzen genommen während des Krieges errungen haben.

Die konsumgenossenschaftliche Verbraucherverorganisation sieht den wirtschaftlichen Kämpfen und Umwälzungen, wie sie nach dem Kriege zu erwarten sind, mit wohl vorbereitetem Rüstzeug ruhig entgegen. Sie wird bei Umwandlung der privatwirtschaftlichen Wirtschaftsform in eine genossenschaftliche Warenerzeugung und Verteilung, in den ihr durch Wesen und Grundsätze gesteckten Grenzen ihrer Aufgabe geredet werden.

Mögen die Verbraucher massen dafür sorgen, daß nicht durch Hineintragen von außerhalb des Aufgabengebietes der Konsumvereine liegenden Streitigkeiten unnötigerweise eine Schwächung der Bewegung herbeigeführt wird, die nur den Interessen der Privatwirtschaft entspreche.

Die deutsche Arbeiterschaft darf auf die Kriegserregenschaften und Leistungen ihrer Konsumvereine stolz sein und hat alle Ursache auch nach dem Kriege der konsumgenossenschaftlichen Organisation Vertrauen entgegenzubringen. A. Ruppredit.

# Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

## Der Stand der Löhne im Berliner Lithographie- und Steindruckgewerbe am 15. Dezember 1917.

Die gegenwärtige Zeit drängt zur Aufnahme von Lohnstatistiken in kürzeren Perioden als es sonst üblich war. Denn unter dem furchtbaren Drucke der teuren Lebensmittelpreise und enormen Verteuerung der sonstigen Bedarfsartikel des täglichen Lebens (Bekleidungsgegenstände usw.) leidet die Arbeiterschaft ganz besonders. Die Gewerkschaften sind deshalb gezwungen, der Gestaltung der Löhne doppelte Aufmerksamkeit zuzuwenden, die Höhe von Zeit zu Zeit genau festzustellen und sie mit den Lebensunterhaltungskosten in Vergleich zu stellen, um zu ersehen, was in der Lohnfrage noch zu tun ist.

Aus diesen Gründen erhalten Lohnstatistiken in der Gegenwart einen besonderen Wert und liefern der Arbeiterschaft zur Begründung dringender Lohnforderungen einwandfreies Material. Leider wird in Arbeiterkreisen die Bedeutung der Lohnstatistik noch nicht allseitig entsprechend gewürdigt und bei jeder statistischen Aufnahme macht sich teilweise ein passiver Widerstand bemerkbar. Das Ergebnis einer umfassenden, gewissenhaft aufgenommenen und ebenso bearbeiteten Lohnstatistik ist stets eine brauchbare und dringend nötige Waffe im Lohnkampfe, deren Bedeutung die Unternehmer voll begriffen haben und die sie mit großem Geschick anwenden.

Die Verwaltungen der Lithographen und Steindrucker Berlins haben eine Aufnahme der Löhne nach dem Stande am 15. Dezember 1917, nach Abschluß einer Lohnbewegung in den Schutzverbandsfirmen und vor Eintritt in eine Bewegung zwecks Lohnregulierung in den anderen Betrieben, veranstaltet. Die Aufnahme erstreckt sich auf 63 Firmen mit 457 Kollegen — 324 Steindrucker und 133 Lithographen. Und wenn auch einige Firmen nicht erfaßt werden konnten, es kommen nur kleine Betriebe in Frage, so kann das Resultat in der Zahl der erfaßten Kollegen als ein durchaus befriedigendes bezeichnet werden und das materielle Ergebnis gibt ein genaues Bild von dem gegenwärtigen Stand der Löhne.

Bemerkte sei noch, daß die Teuerungs- und Kriegszulagen in die Löhne mit eingerechnet und nur die Löhne der im Berufe tätigen Kollegen aufgeführt sind. Soweit die Steindrucker in Betracht kommen, ist das Ergebnis wie folgt:

Die Durchschnittslöhne betragen bei 168 Handpressendruckern 57,81 Mk.; bei 156 Maschinendruckern 63,03 Mk. pro Woche. Der Gesamtdurchschnitt für 324 Steindrucker 60,32 Mk. Interessant ist die Gliederung der Durchschnittslöhne nach folgenden Gesichtspunkten. Es zahlen die:

- Schutzverbandsbetriebe: 53 Handpr.-Dr. 54,51 Mk.; 43 Masch.-Dr. 62,33 Mk. Nichtschutzverbandsbetriebe: 96 Handpr.-Dr. 59,75 Mk.; 91 Masch.-Dr. 64,03 Mk. Kartographische Anstalten: 19 Handpr.-Dr. 57,18 Mk.; 22 Masch.-Dr. 59,02 Mk.

Auffallend ist die geringere Entlohnung der Umdrucker in den Schutzverbandsfirmen, die mit 3,30 Mk. unter dem allgemeinen Durchschnitt dieser Berufssparte stehen und der niedrige Durchschnittslohn der Maschinendrucker in den kartographischen Anstalten, die sogar mit 4,01 Mk. unter dem allgemeinen Durchschnittslohn der Maschinendrucker entlohnt werden.

Der Gesamtdurchschnittslohn der Steindrucker in Vergleich mit früheren Ermittlungen gestellt, ergibt die durchschnittliche Lohnsteigerung während der Kriegszeit und ist aus folgendem zu ersehen: Durchschnittslohn am

- 1. 8. 1914 35,70 Mk.;
- 1. 4. 1917 45,80 Mk.; Steigerung 10,10 Mk.
- 16. 12. 1917 60,32 Mk.; Steigerung 14,52 Mk.

Gesamtsteiger. währ. d. Krieges 24,62 Mk. - 68,96 %

Die Durchschnittsziffern für den Nahrungsmittelaufwand einer vierköpfigen Familie betrug für Berlin pro Woche im Juni 1914 24,33 Mk. im Juli 1917 57,06 Mk.

Steigerung 32,73 Mk. Der Steigerung für den Nahrungsmittelaufwand von 32,73 Mk. steht eine Lohnerhöhung von nur 24,62 Mk. gegenüber, sodaß eine Differenz von 8,11 Mk. zu verzeichnen ist. Es muß aber auch hier wieder betont werden, daß heute eine Berechnung der tatsächlichen Kosten der Lebenshaltung unmöglich ist, weil jeder auf den Bezug von Waren durch den Schleihhandel angewiesen ist, und damit auf Ausgaben, die weit über die Kosten der rationierten Lebensmittel hinausgehen.

Für die Lithographen ist das Ergebnis wie folgt:

Die Durchschnittslöhne betragen bei 61 Chromolithographen 52,39 Mk.; bei 72 Merkantillithographen 59,65 Mk. Der Gesamtdurchschnittslohn für 133 Lithographen beträgt 55,26 Mk. Es zahlen die:

- Schutzverbandsbetriebe: 34 Chromolith. 52,70 Mk.; 10 Merkantillith. 51,30 Mk. Nichtschutzverbandsbetriebe: 27 Chromolith. 51,96 Mk.; 32 Merkantillith. 61,50 Mk. Kartographische Anstalten: 30 Kartolithographen 57,10 Mk.

Auffallend ist der niedrige Lohn der Merkantillithographen in den Schutzverbandsfirmen gegenüber den anderen Betrieben und die allgemein schlechte Bezahlung der Chromolithographen, die im Durchschnitt 6,26 Mk. weniger Lohn haben, als ihre Kollegen der Merkantilbranche verdienen. Auf den Durchschnittslohn der Chromolithographen in den Nichtschutzverbandsfirmen übt die Privatlithographie einen gewissen Einfluß aus. Ist doch da noch ein Kollege von 23 Jahren mit einem Lohne von 30 Mk. zu verzeichnen, der mit einem solchen Lohn den Gipfel der Bescheidenheit, um — einem anderen Ausdruck nicht zu gebrauchen — unstrittig erreicht hat. Die Lohnsteigerung bei den Lithographen während der Kriegszeit ist aus folgendem zu ersehen. Es betrug der Durchschnittslohn am

- 1. 8. 1914 36,20 Mk.;
- 1. 4. 1917 44,80 Mk.; Steigerung 8,60 Mk.
- 15. 12. 1917 55,56 Mk.; Steigerung 10,76 Mk.

Gesamtsteiger. währ. d. Krieges 19,36 Mk. - 53,48 %

Beim Vergleich der Lebensmittelpreissteigerung von 32,73 Mk. mit der Lohnsteigerung von 19,36 Mk. bleibt eine ungedeckte Differenz von 13,37 Mk. Daß der Durchschnittslohn der Lithographen nicht in gleicher Weise wie der der Steindrucker gestiegen ist, ist in den Verhältnissen begründet, wie sie der Krieg im Gewerbe geschaffen hat. Aber auch die Lithographenkollegen sind von Schuld nicht ganz freizusprechen.

Aus nachstehender Tabelle — wonach die Kollegen in Lohnklassen von 5 zu 5 Mk. eingeteilt sind — ist die Entwicklung der Löhne im einzelnen zu ersehen:

Lohnkl.	25	30	35	40	45	50	55	60	65	70	75	80	85	90	95	100
a. 1. 8. 1914	19	22	27	31	36	41	46	51	56	61	66	71	76	81	86	91
a. 1. 4. 17	22	27	32	37	42	47	52	57	62	67	72	77	82	87	92	97
a. 15. 12. 17	27	32	37	42	47	52	57	62	67	72	77	82	87	92	97	102

Bemerkte sei noch, daß in der Statistik nur die Verdienste in der regulären Arbeitszeit enthalten sind; wogegen besondere Vergütungen für Extraleistungen nicht aufgeführt wurden.

Betrachten wir das Gesamtergebnis der Lohnaufnahme vom 15. Dezember 1917, so kann eine erfreuliche Steigerung der Löhne seit dem 1. April 1917 allgemein konstatiert werden. Die Statistik gibt uns den zahlenmäßigen Belag vom Wirken des Verbandes für die gesamte Kollegenschaft. In den letzten 9 Monaten sind wir in der Lohnfrage ein gut Stück vorwärts gekommen und die Kollegen haben nunmehr die Pflicht, überall da Lohnforderungen zu stellen, wo die Bezahlung eine rückständige genannt werden muß. In vielen Fällen muß etwas geschehen und der Verband wird ein solches Bestreben stets unterstützen.

Zum Schluß sprechen wir die Erwartung aus, daß die Kollegen die Bedeutung der Lohnfrage für die Zukunft voll und ganz begreifen mögen und daß diese nur zu unseren Gunsten gelöst werden kann, wenn der Kollegenschaft eine Organisation zur Seite steht, die den Letzten der Berufsangehörigen umfaßt. Es ist dies eine Mahnung, die von uns schon oft ausgesprochen wurde, die aber leider nicht restlos beadettet worden ist. Schaffen wir uns noch während des Krieges eine Organisation, wie wir sie nach diesem so dringend nötig haben. Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren.

## Der Lithograph.

### Die technischen Umwälzungen und unsere Aufgaben.

Jedenfalls müssen wir uns als Lithographen damit abfinden, daß der photographische Apparat, den wir als lithographische Maschine zu beiraten haben, unser Arbeitsgebiet bzw. unsere Arbeitsmöglichkeit in Zukunft bedeutend einengt und da-

durch eine große Anzahl Kollegen aus dem Berufe gedrängt werden. Das mag für viele Kollegen sehr bitter sein, ist aber nicht zu ändern; es ist dieses die logische Konsequenz der technischen Entwicklung, der wir uns beugen müssen.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß durch die maschinelle Entwicklung im Stein- bzw. Zinkdruck durch Einführung von Rotations- und Offsetmaschinen in Verbindung mit der Entwicklung in der Reproduktionstechnik unserem Gewerbe die Möglichkeit gegeben werden wird, Druckaufträge, die bisher im Buchdruck usw. hergestellt wurden, an sich zu ziehen. In einem gewissen Sinne findet demnach ein Ausgleich statt, der aber nicht so groß sein wird, um den durch die neuen Verfahren verursachten Ausfall an Arbeitsmöglichkeit wettzumachen.

Durch die Umbildungen in der Reproduktionstechnik werden die Kollegen vor wichtige Aufgaben gestellt, die gelöst werden müssen, wenn sie sich in Zukunft im Gewerbe halten wollen. Wer sich in die neuen Verhältnisse nicht schicken kann oder will, wird unbarmherzig herausgedrängt. Wenn auch bisher in der Merkantillithographie eine Verdrängung der Handarbeit durch neue Erfindungen nicht besonders in die Erscheinung getreten ist, so darf doch nicht außer Acht gelassen werden, daß seit einiger Zeit eine sogenannte Schriftmaschine empfohlen wird, die nach meiner Meinung geeignet ist, der Handarbeit eine gewisse Konkurrenz zu machen. In Berlin ist eine solche Maschine in Gebrauch, deren Bedienung eine leichte ist, so daß gegenwärtig ein Chromolithograph daran arbeitet. Die Resultate sind als gute zu bezeichnen. Die Maschine hat das Aussehen eines Storchensnabels, wie ihn die älteren Kollegen aus ihrer früheren Tätigkeit kennen, der bei Vergrößerungen angewandt wurde; auch das Prinzip ist das gleiche. Da die Maschine gegenwärtig 4000 Mk. kosten soll, so wird der Preis der Einführung hinderlich sein. Da nach Schablonen gearbeitet wird, so wird die Qualität einer guten Handarbeit nicht erreicht, wenigstens soweit englische Schrift in Frage kommt. Dagegen habe ich kleine Schriften gesehen, die mit der Maschine angefertigt waren, und ich muß gestehen, viele Kollegen sind nicht instande, solche in dieser Exaktheit auszuführen. Durch die Verwendung von Schablonen sind der Maschine in ihrer Leistungsfähigkeit Grenzen gezogen und eignet sich nach meiner Auffassung für Visitenkarten und kleinere Zirkulare. Der hohe Preis und durch die Schablonen gezogene Grenzen der Maschine schützen die Merkantillithographen vorläufig vor einem scharfen Konkurrenz. Es ist ja möglich, daß in Zukunft manche Mängel der Maschine beseitigt werden und müssen die Kollegen der Merkantilbranche die Augen offen halten und die Entwicklung verfolgen.

Wir sehen aus dem bisher Angeführten, daß die Umbildung der Reproduktionstechniken uns vor neue Aufgaben stellt. Mehr und mehr werden wir in Zukunft gezwungen sein, mit dem photographischen Apparat Hand in Hand zu arbeiten; wir werden ein Anhängsel desselben. Infolgedessen müssen wir bestrebt sein, uns Kenntnisse in den photomechanischen Kopierverfahren anzueignen; wir müssen die Grundlage der Reproduktionstechnologie kennen lernen und sind einige Kenntnisse der Chemie ebenfalls nötig. Daß bei farbigen Arbeiten auch noch ein sicheres Farbenverständnis, ferner gutes Verständnis für den Charakter der Arbeit notwendig sind, um gute Resultate zu erzielen, brauche ich in diesem Kreise nur kurz zu erwähnen. Nebenbei werden auch zeichnerische Fähigkeiten verlangt. Der Lithograph wird sich in Zukunft mehr im Entwurf und Zeichnung betätigen müssen und muß seine Ausbildung als Arbeitskraft künftig auf eine andere Grundlage gestellt werden. Der Lithograph der Zukunft muß vielseitig sein, wenn er den gestellten Anforderungen gewachsen sein soll.

Ferner müssen wir darauf bestehen, daß die neuen Verfahren, die uns die Arbeitsgelegenheit noch mehr einengen, die viele Arbeitskräfte unseres Berufes überflüssig machen, uns nicht verschlossen werden. An dahingehenden Versuchen fehlt es nicht, wie der Abschluß des letzten Chemigraphentarifes beweist. Es ist Aufgabe der Kollegen, sich zu rühren. Nach meiner Auffassung würde es notwendig sein, dahin zu wirken, daß mit der weiteren Ausbreitung der photomechanischen Verfahren die Scheidungen der einzelnen Branchen von einander fallen und eine Zusammenziehung der Kollegen in eine Filiale der photomechanischen Fächer stattfindet, um die leidlichen Grenzstreitigkeiten zu vermeiden. Nichts wäre verkehrter, als die noch in der Entwicklung befindlichen neuen Verfahren einer bestimmten Sparte zuzuweisen und die Kollegen der anderen von der Ausführung zurückzuweisen. Solche Bestrebungen sind vorhanden und wir müssen die Augen offen halten.

Des weiteren haben wir die Pflicht, mehr wie bisher in unseren Versammlungen fachtechnische Fragen zu besprechen. Wir müssen den Vorkäufen auf diesem Gebiete mehr Aufmerksamkeit zuwenden und uns durch gegenseitige Aufklärung nützen und das Fortkommen erleichtern. Daß wir auch ferner eifrig bestrebt sein müssen, den Verband zu stärken, damit er in der Lage

ist, wirksam auf die Gestaltung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu unseren Gunsten einzuwirken, ist selbstverständlich.

Zum Schluß empfehle ich die Annahme der folgenden Resolution:

»Die am 11. August 1913 in Stuttgart tagende Konferenz der Lithographen, Kartographen und graphischen Zeichner Deutschlands ist der Überzeugung, daß im Hinblick auf die technische Entwicklung des Berufes die bisherige Ausbildung der Arbeitskräfte ungenügend ist.

Die neuen Verfahren, soweit sie eine Kombination der Lithographie mit der Photographie darstellen und gute Resultate erzielt werden sollen, stellen an die Kollegen solche Ansprüche, die nur dadurch erfüllt werden können, wenn die Ausbildung auf einer anderen Grundlage erfolgt.

Neben der Beherrschung des gesamten Gebietes der Lithographie hält die Konferenz weitgehende Fähigkeiten im Zeichnen und im Entwurf, gutes Farbenverständnis, Kenntnisse der Grundlagen der Reproduktionsphotographie und der Chemie für erforderlich.

Wo die Möglichkeit geboten ist, ist auf Errichtung von Fachschulen oder einen entsprechenden Ausbau der Fortbildungsschulen durch Schaffung von Fachklassen mit Werkstattunterricht, möglichst unter Inanspruchnahme von städtischen Mitteln und Heranziehung der Unternehmer zur Deckung der Unterhaltungskosten hinzuwirken.

## Die photomech. Fächer.

### Kriegswirkungen in der Chemigraphie.

Mit der Möglichkeit eines baldigen Friedens erwacht bei unseren Kollegen im Waffenrock naturgemäß ein lebhafteres Berufsinteresse. Nicht nur das Verlangen, die friedliche berufliche Tätigkeit nach langer Zeit wieder auszuüben, regt sich stärker bei ihnen. Auch die Frage, ob die Arbeitsverhältnisse des erlernten Berufes dieselben geblieben sind oder ob und inwieweit sich dieselben unter den Einwirkungen des Krieges verändert haben, gewinnt mehr und mehr an Bedeutung. Ja nach den persönlichen Eigenschaften und dem Anpassungsvermögen des Einzelnen wird der eine mit ruhiger Zuversicht dieser Frage gegenüberstehen, während der andere von bänglichen Zweifeln eingenommen sein wird. Allen gemeinsam aber wird der Wunsch sein, möglichst rechtzeitig Klarheit über den Stand ihres Berufes zu erlangen, und nicht unvorbereitet den Kampf um das tägliche Brot wieder aufnehmen zu müssen. Diesem Wunsche bis in alle Einzelheiten gerecht zu werden, dürfte unter den heutigen Verhältnissen kaum möglich sein. Immerhin wird es schon von großem Nutzen sein, einige Merkmale der Chemigraphie zu behandeln, die erst im Laufe des Krieges eine allgemeine Bedeutung erlangten.

Zunächst ist einiges über die Beschaffenheit des Arbeitsmaterials zu sagen.

Alle diejenigen Kollegen, die während der ersten Kriegszeit noch im Berufe tätig waren und denen noch vollwertiges Material zur Verfügung stand, werden sich nur schwer vorstellen können, bis zu welchem Grade die Gehilfenschaft sich der zunehmenden Verschlechterung des Materials anpassen mußte. Durch die staatliche Erfassung aller für die Kriegsindustrie wichtigen Metalle verschwand allmählich das Kupfer aus dem Bereich der chemigraphischen Betriebe und das Zink kam in bedeutend minderer Güte zur Verwendung. Gleichzeitig mußte sich die Gehilfenschaft mit den an Stelle der reinen Säuren und Chemikalien tretenden Ersatzmitteln vertraut machen. Daß dabei selbst langjährige Erfahrungen nicht vor unliebsamen Überraschungen schützen konnten, leuchtet ohne Weiteres ein. Zu diesen Schwierigkeiten in der Herstellung der Klischees gesellten sich dann noch für den Druckprozeß die vielfach ungenügende Beschaffenheit des Papiers, des Firnisses, des sogenannten Terpentinersatzes und vor allem der heute gebräuchlichen Waschmittel. Alles in Allem genommen ist die Arbeit in der Kriegszeit für die Chemigraphen keine Quelle der Befriedigung. Man hat sich nachgerade an den unvermeidlichen täglichen Ärger gewöhnt und man tröstet sich damit, daß dieser Zustand schließlich

auch einmal zu Ende gehen wird. Hinzu kommt noch, daß durch diese Schwierigkeiten im Arbeitsprozeß ein größeres Quantum Arbeitskraft verbraucht wird, wenn noch dazu die Güte des Arbeitsproduktes zurücktreten muß hinter der möglichst schnellen Herstellung desselben. Und das ist heute in der Chemigraphie durchweg der Fall. Die Unternehmer wollen nicht experimentieren, sondern produzieren. Das Arbeitstempo ist deshalb ganz bedeutend gestiegen und zwar haben sich auch solche Anstalten diese beschleunigte Arbeitsweise zu eigen gemacht, die früher nur peinlich saubere und gediegene Arbeit herausbrachten.

Die Gründe für diese Veränderung werden verständlich, wenn man bedenkt, daß größere Arbeitsbetriebe brach liegen und die Unternehmer für den Ausfall dieser Aufträge sich dadurch schadloos zu halten suchen, daß sie die jetzt gangbaren Arbeiten mit möglichst geringen Kosten herzustellen sich bemühen. Das Arbeitsmaterial ist trotz der Verschlechterung teurer geworden. Bleibt also die menschliche Arbeitskraft, die man zu verbilligen sucht. Doch an den ohnehin unzulänglichen Löhnen kann nicht noch gespart werden. So bleibt allein die Steigerung der Arbeitsleistung durch ständiges Anstreben. Unter der fortwährenden Suggestion der dringenden Benötigung nimmt der Arbeitsprozeß allmählich eine Gangart an, über die selbst die direkt Beteiligten staunen müssen, wenn sie sich einmal einen vergleichenden Rückblick gestatten.

Hinzu kommt, daß nicht soviel Arbeitskräfte vorhanden sind, als gebraucht werden. Dem Arbeitgeber ist es infolgedessen nicht möglich, genügend Leute einzustellen. Selbst von der Heranziehung von Überläufern ist kaum eine schnell merkbare Erleichterung zu erwarten, da ja immerhin eine geraume Zeit vergehen müßte, ehe diese Kräfte zu brauchbaren Arbeitern ausgebildet sein können. Jedenfalls erreicht der Unternehmer mit den entsprechenden Hinweisen auf die schwierige Lage des Gewerbes, daß tatsächlich schneller gearbeitet wird, als vor dem Kriege. Die Ansprüche an die Qualität sind ja nun redt bescheiden geworden und diese Tatsache versöhnt manchen Kollegen mit der heutigen Arbeitsweise. Ich kann mir jedoch des Gedankens nicht verwehren, daß diese Schusterlei, falls sie zu den bleibenden Erungenschaften des Krieges sich auswachsen sollte, zum Niedergang des Berufes führen muß. Die Spuren der Lithographie schrecken. Wir wollen hoffen, daß die heutigen Arbeiten eben nur »Kriegsersatz« sind und bei genügender Versorgung mit gutem Material wieder vollwertigen Erzeugnissen Platz machen werden. Das Interesse an unserem Beruf erfordert es, daß wir die Schundarbeiten bekämpfen und zu diesem Zweck ist eine ausreichende Entlohnung die unerlässliche Vorbedingung.

Wie sieht es denn nun damit aus? Ohne die genauen Unterlagen zu haben, darf ich trotzdem wohl behaupten, daß die Löhne in Berlin im Durchschnitt um 25 Proz. gestiegen sind. Bei den heutigen Lebensmittelpreisen kein nennenswerter Betrag. In anderem Druckorten ist die Steigerung noch geringer. Daneben wurden durch tarifliches Vorgehen Teuerungszulagen erzielt, die der durchschnittlichen Lohnsteigerung annähernd gleichkommen. Bietet nun auch diese Erhöhung des Gesamteinkommens noch lang keinen Ausgleich mit der Verteuerung der Lebenshaltung, so gibt sie doch eine sichere Gewähr für dauernden Bestand, da sie im Einklang mit der langsam aber stetig sich vollziehenden Besserung der Berufsfrage erreicht wurde. Voraussetzung für die weitere Erhebung der Gesamtlöhne ist natürlich, daß die Kollegen die Augen offen halten und daß sie die Rechte, die ihnen der Tarifvertrag gibt, auch benutzen. Das gilt ganz besonders für unsere Arbeitsnachweise. Die Benutzung des tariflichen Arbeitsnachweises ist vor allem unser gutes Recht, durch dessen Ausübung wir die Gesundung unserer Arbeitsverhältnisse am wirksamsten fördern. Ist es uns gelungen, während der ganzen Kriegszeit den Tarif mit seinen Organen intakt zu halten, so muß es uns auch gelingen, die schwierige Zeit, die dem Friedensschlusse folgt, zu überwinden. Dazu brauchen wir aber auch die Mithilfe der Kollegen im feldgrauen Rock. Die Chemigraphie geht voraussichtlich einer guten Konjunktur entgegen. Katalog- und Reklameaufträge werden nach Friedensschlusse massenhaft eingehen. Wir müssen uns aber vorbereiten, daß, bevor diese günstige Konjunktur einsetzt, durch die entlassenen Kriegsteilnehmer das Angebot von Ar-

beitskräften ein größeres sein wird als die Nachfrage nach solchen. In dieser Übergangszeit heißt es für Alle, also auch für die heeresentlassenen Kollegen, nicht übereilt zu handeln, nicht danach zu streben, um jeden Preis unter Dach und Fach zu kommen, sondern unter Mitwirkung der örtlichen Organisationsleitungen den Wiedereintritt in ihrem Beruf zu bewirken. Wir sind deshalb verpflichtet ihnen zu sagen, daß wir es für ausgeschlossen halten, daß ihre Wiedereinstellung nach der Formel: Jeder Mann an seinen alten Platz, sich glatt verwirklichen ließe. Vielmehr erscheint es zweckmäßig und für alle Teile am gerechtesten, wenn die zurückkehrenden Kollegen erst mal untergebracht werden, ganz gleich, in welchem Betriebe. Etwaige Wünsche der Prinzipale sowohl wie der Gehilfen können dabei ganz gut von Fall zu Fall berücksichtigt werden. Dagegen müßte ein Zwang unter allen Umständen vermieden werden. Die Kollegen im Felde werden gut tun, die Dinge so nächstern wie möglich zu betrachten. Sie müssen und sie werden den Willen und die Energie haben, als Mitkämpfer wieder in die Reihen ihrer Arbeitskollegen einzutreten. Die Anforderungen, die an ihre Leistungsfähigkeit gestellt werden, sind höhere geworden. Sie werden für die erste Zeit die bereitwillige Unterstützung der übrigen Kollegen nicht entbehren können. Es muß aber von ihnen auch erwartet werden, daß sie ein Ruhebedürfnis, so berechtigt es auch wäre, garnicht erst aufkommen lassen. Nicht nur der Beruf, sondern auch die Organisation, die Familie sowohl als die Gesellschaft erfordert Männer, die entschlossen sind, mit größerem Nachdruck als vor dem Kriege ihre Interessen zu vertreten, ihr Schicksal selbst zu schmieden und sich unter keinen Umständen von ihrem Wege abdrängen zu lassen. F. K.



## Feuilleton.

### Vom Büchertisch

Ein neues Weihnachtsbuch hat im Dezember 1917 der »Deutsche Buch- und Steindruckerver« herausgebracht. Das vorliegende Heft 2 und 3, Doppelheft, verdient als eine im vierten Kriegsjahre doppelt bemerkenswerte Erscheinung besonders erwähnt zu werden. Wer die heutige Buchdruckkunst nur an seiner Tageszeitung kennen lernt und ihre Papier- und Farbennotte teilnehmend empfindet, der kann an diesem schönen Heft genügend feststellen, daß an der deutschen Buchkultur trotz aller Kriegshemmnisse rüstig fortgearbeitet wird. Es macht uns vor allem mit einem tüchtigen jungen Buchkünstler (Fritz Laber-München) bekannt. In vielen Abbildungen, mit fünf bunten Lithographien sowie mit seinem eigentümlichen Umschlag bringt das Heft musterwichtige Erzeugnisse von F. Labers Kunstfertigkeit. Chr. Kupferberg (Mainz), zur Zeit im Felde, schildert in einer allen Berufsangehörigen wertvollen Rat bietenden Abhandlung, wie »Großbetriebe als Drucksachenkäufer auftreten und geleitet werden. Freunden des »schönen« Buches sei der Aufsatz »Das ungarische Buch« empfohlen, der zugleich erkennen läßt, wie in den Ländern unserer Verbündeten die Druckkunst gepflegt ist. Wie es damit in neutralen und in uns feindlichen Ländern aussieht, das sehen wir aus der »Auslands-Rundschau«. Unter den etwa dreißig, meist farbigen Satz- und Druckmusterbeilagen, die für die Bezieher dieses graphischen Jahrbuches einen Hauptanziehungspunkt bilden, dürfte ein von Kriegsbeschädigten des Schullazaretts Hannover ausgeführtes, vielfarbiges Weihnachtsblatt, ein reizender Vierfarbendruck »Sommerzeit«, sowie die große dem Berliner Kunstgewerbe-Museum zum fünfzigjährigen Bestehen gewidmete Adresse besonders Beifall der Kenner finden. Des reichen sonstigen Inhalts dieser prächtigen Weihnachtsgabe kann hier nur andeutend gedacht werden. Das Heft ist eine Feiertagsfreude für alle, die mit den vielfältigsten Künsten in Beziehung stehen und kann für 3 Mk. und 30 Pf. Postgeld vom Verlag des Deutschen Buch- und Steindruckers, Berlin W. 57., Dönnwitzstraße 19. bezogen werden.

### Verschiedenes

**Der praktische Umdruker.**  
Von Bernhard Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdruckes. Preis inkl. Porto 85 Pfg.

**Conrad Müller, Scheuditz**  
Postcheckkonto Leipzig Nr. 15078.

### Graphische Fachklassen

Entwurf und Werkstatt-Ausbildung  
Auskünfte durch die  
Kunstgewerbeschule **Barmen**

### Roulett, Radenstichel

**Fraser u. s. w.** In bester Ausführung fert. an  
**Carl Neumann**, vormals G. König,  
Berlin SO, Naunynstraße 69.

### Neu! „Fett-Extrakt“ Neu!

Unentbehrlich zum Verdrucken der jetzigen fettarmen Firnisse und Farben. Dieselben drucken durch einen Fett-Extrakt-Zusatz wie früher Friedensware. Merkantil-Zeichenplatten, Raster, Kreide, usw. erhält bis zur höchsten Auflage den feinsten Punkt und Strich, auch bei weichen kalkfledrigen Steinen. Übertrifft in jeder Beziehung Stearin-Öl, welches doppelt so teuer. Fett-Extrakt hat hellbraune Farbe.

Kg. Mk. 3,50 gegen Nadnahme.

**F. Hantke, Hamburg 22, Heinskamp 6.**